

## **Änderungsantrag**

**der Abgeordneten Eva-Maria Bulling-Schröter, Rosel Neuhäuser, Dr. Winfried Wolf  
und der Fraktion der PDS**

**zu der zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2002  
– Drucksachen 14/6800 Anlage, 14/7315, 14/7321, 14/7322, 14/7323, 14/7537 –**

**hier: Einzelplan 16**

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,  
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. In Kapitel 16 07 werden die Mittel des Titels 712 32-342 „Projekt Konrad“ zugunsten eines neuen Titels „Aufgabe und Rückführung des Projektes Konrad“ umgeschichtet.
2. In Kapitel 16 07 werden die Mittel des Titels 712 33-342 „Projekt Gorleben“ zugunsten eines neuen Titels „Aufgabe und Rückführung des Projektes Gorleben“ umgeschichtet.

Berlin, den 26. November 2001

**Eva-Maria Bulling-Schröter  
Rosel Neuhäuser  
Dr. Winfried Wolf  
Roland Claus und Fraktion**

### **Begründung**

Trotz ihrer Absicht, geologische Kriterien für die Langzeitsicherheit der Endlagerung radioaktiver Abfälle in tiefen geologischen Formationen neu erarbeiten zu lassen und trotz der verfahrensmäßigen und wissenschaftlichen Defizite, die zur Auswahl der Standorte Gorleben und Konrad führten, ist die Bundesregierung bisher nicht gewillt die Standorte Gorleben und Konrad aufzugeben.

Die Arbeiten zur Erkundung weiterer Standorte für die Endlagerung radioaktiver Abfälle müssen mit dem Ziel fortgesetzt werden, fachlich gesicherte Kriterien für eine günstige geologische Gesamtsituation zu gewinnen.

Die bisherigen Verfahren zur Erkundung und Einrichtung von atomaren Endlagern, wie Asse, Morsleben, Konrad und Gorleben erfolgten dagegen unter

Umständen, die den Verdacht nicht ausräumen können, dass Sicherheitskriterien an Standorte angepasst wurden, die aus ganz anderen Gründen als denen der Sicherheit ausgewählt wurden.

Neben der Erarbeitung von geologischen Kriterien für eine günstige geologische Gesamtsituation muss ein Verfahren zur Benennung von Erkundungsstandorten entwickelt werden, dass demokratischen und rechtsstaatlichen Anforderungen genügt.